

Bundesamt für Energie
Sektion NE
3003 Bern

Brugg, 16. März 2015

Zuständig: Armin Hartlieb
Sekretariat: Jeanette Sacher
Dokument: 150316 Stromnetze

Anhörung zur Strategie Stromnetze

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 28. November 2015 laden Sie uns ein, im Rahmen der oben genannten Anhörung Stellung zu nehmen. Für die uns gegebene Möglichkeit danken wir Ihnen bestens und sind gerne bereit, uns in dieser Angelegenheit vernehmen zu lassen.

Die Schweiz steht im Zentrum von Europa vor grossen Herausforderungen und wird in naher Zukunft grosse Infrastrukturprojekte realisieren müssen. Es soll sichergestellt sein, dass die für unser Land wichtigen Stromleitungen rasch erstellt werden können. Zu diesem Zweck sind die Verfahren zu vereinheitlichen und zu straffen, was die Vorlage auch bezweckt. Eine Beschleunigung der Verfahren impliziert oft kürzere Fristen und eine Beschränkung der Eigentumsrechte. Dies stellt einen Eingriff des Staates in das verfassungsmässig garantierte Eigentum dar. Die Eigentümer müssen deshalb auch von der öffentlichen Hand und auch ausserhalb der Bauzone eine marktkonforme Entschädigung angeboten erhalten. Diese hat sich neben dem verursachten Schaden auch am künftigen Nutzen des Werkes zu orientieren.

Der Schweizer Bauernverband (SBV) lehnt die Strategie Stromnetze jedoch zum jetzigen Zeitpunkt ab. Zunächst muss die Frage von Entschädigungen, wie sie die Motion Ritter 13.3196 vorsieht, abschliessend geklärt sein.

Dabei sollte nur dann Land enteignet werden wenn es unvermeidbar ist. Im Bereich der Stromnetze genügt oft die Einräumung des Durchleitungsrechtes, die angemessen entschädigt werden soll. Eine Enteignung von Land ist oft entbehrlich. Weiter sollte bei der Zahlung von Konzessionen der öffentliche und private Grund zukünftig gleich behandelt werden.

Ein wichtiger Punkt ist die Anpassung der Höhe der Entschädigungen. Damit der Boden nicht zu günstig enteignet wird und die Enteigner wirtschaftliche Vorteile daraus erzielen, soll der Preis auch ausserhalb des Baugebietes marktwirtschaftlich bestimmt werden. Wo ein Marktwert fehlt, soll die Lageklassenmethode zur Anwendung kommen.

Das Enteignungsrecht kann heute fast für alles beansprucht werden: Antennen, Hochwasserschutz, Leitungen, Entsorgung, ökologische Ausgleichsmassnahmen, sogar für einen Golfplatz (BGer 1C_455/2010). Der zu günstige Preis für Kulturland und der Umstand, dass dieses noch unüberbaut ist, fördern den sorglosen Umgang mit unserem Kulturland. Mit einer marktkonformen Entschädigung wird der haushälterische Umgang mit dem Boden

Seite 2 | 2

gefördert. Die für Grundversorgung wichtigen Infrastrukturanlagen werden nicht behindert. Deren Erstellung könnte durch eine bessere Abgeltung der Eigentümer beschleunigt werden.

Erst wenn die Entschädigungsfrage abschliessend geklärt ist, kann der SBV die Strategie Stromnetze gutheissen. Sie enthält durchaus positive Elemente wie die Beschleunigung des Netzausbaus, der für die Energiewende notwendig ist. Davon profitieren auch Landwirte als Energieproduzenten. Weiter wurde unsere Forderung nach Erdleitungen im Verteilnetz explizit aufgenommen, was dem Kulturlandschutz nützt. Das Kulturland wird ferner durch das Prinzip Netzoptimierung vor – Verstärkung vor – Ausbau geschont.

Im Bereich der Erschliessungskosten zum Einspeisepunkt sollte den Landwirten finanziell entgegen gekommen werden. Dies ist auch eine Forderung des BLW, die der SBV in dieser Stellungnahme aufgenommen hat. Ferner sollten notwendige Informationsmassnahmen sowie innovative Massnahmen für intelligente Netze gegenüber der Bevölkerung von den Netzbetreibern selbst gezahlt werden. Abschliessend möchten wir noch anregen, dass möglichst wenig auf Stufe Gesetz geregelt werden sollte, da dies wieder Verordnungen nach sich ziehen und zusätzliche Bürokratie aufgebaut wird.

Freundliche Grüsse

Schweizer Bauernverband



Markus Ritter
Präsident



Jacques Bourgeois
Direktor

Strategie Stromnetze

Vernehmlassungsvorlage

Fragenkatalog

Antwortende Organisation:

Schweizer Bauernverband (SBV), Laurstrasse 10, 5201 Brugg

Inhalt

Szenariorahmen	2
Bedarfsermittlung	2
Nationales Interesse	5
Räumliche Koordination	5
Bewilligung Projekte	6
Überprüfung Kosteneffizienz	8
Öffentlichkeitsarbeit	10
Geodaten	10

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen:

- Nur eine Antwort pro Frage ankreuzen
- Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Szenariorahmen

1. Sind Sie damit einverstanden, dass der energiewirtschaftliche Szenariorahmen zukünftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung durch die Netzbetreiber gesetzlich verankert werden soll?

Art. 9a Abs. 1 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Durch den Szenariorahmen kann die Netzplanung schneller erfolgen. Damit wird der gesamte Netzausbau, der für die Energiewende notwendig ist, beschleunigt. Davon profitieren auch Landwirte, die in erneuerbaren Energien investieren. Wichtig ist auch der angedachte Einbezug der interessierten Kreise bei der Ausarbeitung des Szenariorahmens.

2. Sind Sie damit einverstanden, dass eine fixe Periodizität für die Überprüfung und die Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens gesetzlich verankert wird?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Durch eine regelmässige Überprüfung des Szenariorahmens wird dieser an aktuelle Entwicklungen angepasst.

3. Sind Sie damit einverstanden, dass 5 Jahre die richtige Periodizität für die Überprüfung und Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens ist?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Sollte sich vor der nächsten Prüfung signifikante Änderungen ergeben, kann eine vorgezogene Überprüfung vorgenommen werden.

Bedarfsermittlung

4. Sind Sie damit einverstanden, dass das N-O-V-A-Prinzip (Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor -Ausbau) als Teil der technischen Netzplanungsgrundsätze gesetzlich verankert wird?

Art. 9d Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Der Ausbau beinhaltet einen stärkeren Umwelteingriff und es wird neuer Boden für den Leitungsbau beansprucht, der enteignet und entschädigt werden muss. Davon ist die Landwirtschaft unmittelbar betroffen, besonders wenn es um Kulturland geht. Deswegen begrüsst der SBV, dass der Ausbau erst als letztes Mittel angewendet werden soll. Damit ist explizit ein möglichst haushälterischer Umgang mit Raum und Boden gewährleistet. Zudem werden die Kosten mit dem N-O-V-A-Prinzip tiefer gehalten.

5. Sind Sie mit der Definition des Einspeisepunktes für neue Produktionsanlagen einverstanden?

Art. 9c StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Es ist zwar verständlich, dass aus Perspektive der Netzbetreiber derjenige Einspeisepunkt festzulegen ist, welcher den technisch und wirtschaftlich günstigsten Anschluss ermöglicht. Aus Sicht von Landwirten, die Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energien wie beispielsweise Solaranlagen bei sich installieren, ist dies jedoch nicht immer vorteilhaft. Bei Einzelhöfen können Elektrozuleitungen einige hundert Meter bis zu einem Kilometer betragen. Sollten hier neue Leitungen gelegt oder bestehende verstärkt werden müssen, dann gehen diese Erschliessungskosten ab dem Einspeisepunkt zu Lasten des Landwirts, was schnell über CHF 100'000 betragen kann. Deshalb sollte hier entweder der Einspeisepunkt näher am landwirtschaftlichen Betrieb sein oder es sollten die Erschliessungskosten ab einer bestimmten Anschlusslänge ausserhalb Bauzonen von der KEV-Vergütung zusätzlich abgedeckt werden. Allenfalls könnten auch Investitionsbeiträge ausgerichtet werden, was seit Einführung der KEV hierfür nicht mehr möglich ist.

6. Sind sie damit einverstanden, dass die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 bei der Bedarfsermittlung für einen angemessenen Einbezug der betroffenen Kantone, Gemeinden sowie weiterer Betroffene zu sorgen haben?

Art. 9e Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Mit dem Einbezug der obigen Gruppen ist der SBV einverstanden. Der Einbezug weiterer Betroffener sollte auch die Verbände der direkt Betroffenen beinhalten, insbesondere auf regionaler Ebene. Es kommt im Erläuterungsbericht nicht klar heraus, was mit „weiteren Betroffenen“ gemeint ist.

7. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Dadurch ist eine ausreichende Aktualität der Planung gewährleistet.

8. Falls 7: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist von 9 Monaten gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Eine kürzere Frist würde zu höheren Kosten bei den Netzbetreibern führen, die sie wahrscheinlich an die Stromkunden weitergeben. Zumal es sich um eine Mehrjahresplanung handelt, bei der nicht die höchste Eile geboten ist.

9. Sind Sie damit einverstanden, dass die ElCom zukünftig die Mehrjahrespläne der Netzbetreiber prüfen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss?

Bemerkung: Gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. a StromVV sind die Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV (Netzebenen 5 und 7) und weniger von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit, dementsprechend sind nur die Übertragungsnetzbetreiber und die Verteilnetzbetreiber betreffend die Netzebene 3 zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet.

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Durch die Prüfung der ElCom prüft eine neutrale Stelle, die eine Gesamtsicht auf das Stromnetz hat.

10. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird (nach Einreichung)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Dadurch ist eine ausreichende Aktualität der Planung gewährleistet.

11. Falls 10: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist von 9 Monaten nach Einreichung gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Da bereits vor der Einreichung schon mindestens 9 Monate vergehen können bis die Netzbetreiber ihre Mehrjahrespläne einreichen und die Planung eine ausreichende Aktualität haben soll, ist die Frist kürzer anzusetzen. Zumal es sich auch nur um eine Prüfung eines Planes und nicht die Erstellung eines solchen handelt. Eine Frist von 3 Monaten sollte ausreichend sein.

Nationales Interesse

12. Erachten Sie es als zielführend, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes von Gesetzes wegen von nationalem Interesse sind und der Bundesrat weiteren Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung (Netzebene 3) eine Bedeutung von nationalem Interesse zuerkennen kann?

Art. 15d Abs. 2 und 3 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.3 sowie 2.1

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Der SBV lehnt die Zumessung eines nationalen Interesses zum jetzigen Zeitpunkt ab. Zunächst muss die Frage von Entschädigungen, wie sie die Motion Ritter 13.3196 vorsieht, abschliessend geklärt sein (siehe Begleitbrief).

Räumliche Koordination

13. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Erstellung von Leitungen der Netzebene 1 auch in Zukunft grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss?

Art. 15e EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Grosse Überlandleitungen stellen einen starken Eingriff in die Landschaft dar und betreffen den Grundeigentümer direkt. Ein Sachplanverfahren mit Einspruchsmöglichkeiten ist deshalb geboten. Der Landwirt muss für das Bodennutzungsrecht zwingend eine Entschädigung erhalten. Der Wert des Bodens muss entsprechend seiner nichtlandwirtschaftlichen Nutzung entschädigt werden. Wie für die Bewertung von z.B. Industrieland, fordern wir deshalb dem Konzept der

Lageklassenmethode¹ zu folgen. Da landwirtschaftliche Flächen günstig sind, werden diese für die Produktion unserer Nahrungsmittel wichtigen Flächen übermässig stark für Infrastrukturanlagen beansprucht. Die aktuelle Gesetzgebung (v.a. Enteignungsgesetz) fördert somit indirekt den Verbrauch von Fruchtfolgeflächen. Wir fordern deshalb, dass die zur besseren Abgeltung der Grundeigentümer nötigen Gesetze angepasst werden.

14. Erachten Sie es als notwendig, dass das bisher auf Verordnungsebene geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (1. Schritt: Festsetzung Planungsgebiet, 2. Schritt: Festsetzung Planungskorridor und Bestimmung Übertragungstechnologie) neu auf Stufe Gesetz festgehalten wird? (bisher: Art. 1a – 1d der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen; SR 734.25; VP eA)

Art. 15e – 15 j EleG

Erläuternder Bericht 1.2.2.4 sowie 2.1

☒ notwendig ☐ nicht notwendig ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Dadurch ist die demokratische Kontrolle durch die Eidgenössischen Räte grösser.

Bewilligung Projekte

15. Erachten Sie es als zielführend, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorgesehen wird?

Bemerkung: Im Rahmen der Strategie Stromnetze ist bislang noch keine Anpassung des betreffenden Artikels (Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG) vorgesehen, sodass das BFE auch für Leitungen des Übertragungsnetzes (Netzebene 1) nur zuständig wird, sofern das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI Einsprachen nicht erledigen oder Differenzen mit den beteiligten Bundesbehörden nicht ausräumen konnte.

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Das ESTI ist am Thema näher dran und sollte die erworbenen Kompetenzen auch einbringen können, die im BFE erst aufgebaut werden müssten.

¹ Die Lageklassenmethode dient der Ermittlung des relativen Landwertes. Die Lageklassenmethode beruht auf der Erkenntnis, dass zwischen dem Wert der Bauten und dem Wert des Bodens in der Regel ein bestimmtes Wertverhältnis besteht, welches erlaubt, den Wert des Bodens in Relation zum Gesamtwert (Gebäude und Boden) oder zum Wert der Bauten zu berechnen.

16. Halten Sie es für notwendig, dass Leitungstrassen zur Sicherstellung von Aus- oder Umbauten einer bestehenden Leitung langfristig mit Baulinien gesichert werden können?

Art. 18b EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Der SBV lehnt zum jetzigen Zeitpunkt Baulinien für den Netzausbau und -umbau ab. Zunächst muss die Frage von Entschädigungen, wie sie die Motion Ritter 13.3196 vorsieht, abschliessend geklärt sein (siehe Begleitbrief). Sollten diese dennoch eingeführt werden, geben wir folgendes zu bedenken: Baulinien bedeuten ein Bauverbot für bis zu acht Jahre. Sie schreiben im Erläuterungsbericht, dass Baulinien keine enteignungsähnliche Massnahme darstellen. Der SBV beantragt explizit, dass Baulinien als entschädigungsähnliche Massnahmen betrachtet und entsprechend zu entschädigen sind.

17. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann?

Art. 17a EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Grundsätzlich gehört unserer Ansicht nach ein Plangenehmigungsverfahren in staatliche Hände, da es eine hoheitliche Aufgabe darstellt.

18. Ist es aus Ihrer Sicht zielführend, dass die Genehmigungsbehörde auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiberin Massnahmen auf unteren Netzebenen (wie Bündelung, Verkabelung) anordnen kann?

Art. 15b Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Falls Massnahmen auf unteren Netzebenen notwendig werden, ist es sinnvoll, dass die Genehmigungsbehörde dies anordnen kann. Die Stabilität des Netzes hat oberste Priorität.

19. Sind Sie der Meinung, dass ein Mehrkostenfaktor (Mehrkosten der Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung) eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze (NE 3-7) darstellt?

Art. 15c EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Der SBV begrüsst explizit, dass zukünftig auf der Verteilnetzebene Erdkabel anstatt Freileitungen verlegt werden müssen, sofern der Mehrkostenfaktor nicht überschritten wird. Dies schont das Kulturland, obwohl die Auswirkungen der Erdkabel auf den Boden noch kaum erforscht sind. Forschungen hierzu sind dringend erforderlich. Eine landwirtschaftliche Nutzung muss, neben allfälligen Wartungsarbeiten am Erdkabel, auf jeden Fall gewährleistet sein. Zudem wird die Akzeptanz des Netzausbaus in der Bevölkerung bei Erdleitungen gestärkt. Insofern kann ein zeitgerechter Ausbau der Verteilnetze gelingen.

20. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Mehrkostenfaktor eine gesetzliche Obergrenze festgelegt wird und die Festlegung des Mehrkostenfaktors unter Berücksichtigung definierter Kriterien (Verkabelungsgrad, Netznutzungsentgelt, Technologieentwicklung, Kosten Erdverkabelung) an den Bundesrat delegiert wird?

Art. 15c Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die Kosten des Netzausbaus werden über den Strompreis von allen Stromverbrauchern mitbezahlt. Deshalb sollten die Kosten für die Erdverkabelung, die der SBV befürwortet, nicht unbegrenzt steigen. Die Einführung eines Mehrkostenfaktors, ab dem eine Freileitung gebaut werden kann, ist somit sinnvoll. Die Höhe dieses Faktors sollte jedoch nicht vom Bundesrat bestimmt werden. Wenn der Mehrkostenfaktor zu tief angesetzt wird, können Erdleitungen u.U. nicht gebaut werden. Betroffene Verbände sollten bei der Bestimmung des Mehrkostenfaktors eingebunden werden.

21. Sind Sie mit der in Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG formulierten Ausnahmeregelung bei der Festlegung des Mehrkostenfaktors einverstanden?

Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: In Ausnahmefällen sollten auch Erdleitungen gebaut werden, auch wenn die Kosten den Mehrkostenfaktor überschreiten. Dies nützt auch dem Kulturlandschutz.

22. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Massnahmen zur Optimierung/Beschleunigung der der Bewilligungsverfahren ergriffen werden?
(Wenn Ja, bitte konkrete Vorschläge angeben)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Konkrete Vorschläge / Bemerkungen:

Wenn weitere Massnahmen ergriffen werden, sollte die interessierten Kreise darüber informiert werden.

Überprüfung Kosteneffizienz

23. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kosten der Netzbetreiber für Informationsmassnahmen anrechenbar sind?

Art. 15 Abs. 2 Bst. d StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die Netzbetreiber sollten ihre Informationsmassnahmen, die zweifelsohne wichtig sind, selbst bezahlen. Es liegt in ihrem ureigenen Interesse, dass sie durch diese Massnahmen Akzeptanz schaffen. Die Energiewende ist ohnehin teuer für den Stromkunden. Die Netzbetreiber sollen auch einen Kostenteil übernehmen.

24. Inwiefern erachten Sie die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze (bspw. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundesrates als zielführend?

Art. 15 Abs. 3 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Auch hier können die Netzbetreiber innovative Massnahmen selbst bezahlen. Es liegt in ihrem Interesse innovativ zu sein und effizienter zu werden.

Öffentlichkeitsarbeit

25. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Verankerung der Kompetenz des Bundes und der Kantone zur Information der Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung und über die Mitwirkungsmöglichkeiten?

Art. 9f StromVG

Erläuternder Bericht 2.2 (Netzentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die Energiewende steht und fällt mit dem Netzausbau und dieser ist von der Akzeptanz der Bevölkerung abhängig. Insofern ist die Information der Öffentlichkeit unabdingbar.

Geodaten

26. Erachten Sie es als sinnvoll, dass das BFE eine Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt und diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt?

Art. 26a EleG

Erläuternder Bericht 2.1 sowie 5.5

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Das schafft auch eine höhere Akzeptanz in der Bevölkerung.